

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4586. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4586

Insertionspreise: Die 7spaltige Kolonelleile oder deren Raum 1.00 M., bei Planwidrigkeit 2.50 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Deutsch-polnische Verständigung in Oberschlesien.

Die Lage in Oberschlesien.

Gemeinsamer Aufruf der Deutschen und Polen.

Beuthen, 28. August. Die Vertreter der deutschen und der polnischen politischen Parteien und Gewerkschaften haben heute folgenden Aufruf unterzeichnet:

An das oberschlesische Volk!

Genug des Blutes und des Schreckens! Die Vertreter der deutschen und der polnischen Sache haben sich zusammengefunden, um unserm Volke Ruhe, Frieden und ungehörte Arbeit wieder zu geben.

Wir alle wollen die Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes. In Beratungen haben wir den Weg zur Verständigung auf folgender Grundlage, ohne den bestehenden Gesetzen vorzugreifen, gefunden. Es folgen die bekannten, bereits mitgeteilten Vereinbarungen. Der Aufruf schließt: Ruht darum ab von allen Gewalttaten, legt die Waffen nieder, kehrt zu eurem Tagewerk zurück!

An erster Stelle unterzeichnet für die Deutschen:

Dr. Urbanek und Farrer Ulfka.

Für die Polen: Korfanik.

Frankreich fordert Genugtuung.

Genf, 30. August. (U.) Nach Meldungen Pariser Blätter ist die französische Regierung mit den Entschuldigungen der amtlichen deutschen Stellen wegen der Vorgänge in Breslau nicht zufrieden. Mitterand soll darauf bestehen, daß Deutschland in feierlicher Form eine Entschuldigung abgibt und nicht nur den Opfern der Unruhen in Breslau volle Entschädigung leistet, sondern auch die Bestrafung der Schuldigen vornehme.

Die Wirkungen der nationalistischen Ausschreitungen auf Frankreich.

Der Post. Jtg. wird aus Paris berichtet:

Die Nachricht von dem Vorfall in Breslau ist durch die heutigen Morgenblätter hier bekannt geworden und wird vom Publikum erregt besprochen. In den Kreisen, die trotz aller Enttäuschung eine Verständigung mit Deutschland wünschen, wird dieser neue Ausbruch der im deutschen Volke herrschenden Erbitterung gegen Frankreich tief bedauert. Man ist der Meinung, daß die Verantwortung nicht allein den Mitdeutschern zuzuschreiben ist, sondern daß alle Stellen, die seit langen Monaten die planmäßige Hetze gegen Frankreich geleitet oder mindestens gebildet haben, als Mitschuldige zu betrachten sind. Alle Franzosen, die in der letzten Zeit aus Deutschland zurückgekehrt sind, berichten übereinstimmend, daß der Haß gegen Frankreich einen derartigen Grad erreicht hat, daß ein weiteres Steigen kaum mehr denkbar sei. Dieser Haß erscheint den Franzosen um so unverständlicher, als sie ausnahmslos davon überzeugt sind, daß Frankreich in Spa die größte Mäßigung bewiesen und durch die Annahme der Vorschlagsabstufungen an Deutschland ein Zugeständnis gemacht hat.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß auf der Suche nach den Gründen für die Stimmung in Deutschland seltsame Mutmaßungen laut werden und die Ansicht, gewissen Kreisen auf deutscher Seite würde die Besetzung des Ruhrgebietes aus mancherlei Gründen nicht unangenehm sein, Glauben findet. Nach meinen Eindrücken würde die französische Regierung mit der Überwältigung der Mehrheit des französischen Volkes die Notwendigkeit einer solchen Besetzung als äußerst unerfreulich betrachten. Aber es steht außer Zweifel, daß fast das ganze Volk hinter der Regierung stehen würde, wenn diese die Ausdehnung der Besetzung für erforderlich halten sollte. Etwasige Hoffnungen auf Unruhen in Frankreich oder auf Widerstand der Arbeiter würden meines Erachtens unerfüllt bleiben.

Bestrafung schuldiger französischer Soldaten.

Ein amtlicher Vertreter der Bürgerschaft von Mysłowik hatte eine Unterredung mit General Verond. Ersterer wies darauf hin, daß die Franzosen, statt der Sicherheitspolizei und der deutschen Bevölkerung Hilfe zu leisten, sich sogar als Führer der Polen erwiesen. An dem Kampfe um das Schlachthaus der Sicherheitspolizei haben erwiesenermaßen von drei Seiten Franzosen mit der Waffe teilgenommen. General Gratier sagte schärfste Kontrolle und Bestrafung der Schuldigen zu. Der deutsche Vertreter wies darauf hin, daß es den deutschen Führern unmöglich sein würde, die Masse zu beruhigen, wenn nicht eine entschiedene Veränderung in der Haltung der Franzosen stattfinden würde.

Spigelarbeit in Breslau.

Nach einem Bericht der Freiheit aus Breslau sind die dortigen Böhmelegisten höchstwahrscheinlich Vorkspigelarbeit. Die von den sozialistischen Parteien veranstalteten Gegendemonstrationen, suchen die Nationalisten durch eifrige Propaganda im nationalsozialistisch-bolschewistischen Sinne zu beeinflussen. Freitag früh erschien im Parteibureau der U. S. P. in Breslau ein Offizier, der sich danach erkundigte, ob die U. S. P. mit Sowjetrußland in Verbindung stehe. Unsere Genossen verneinten das, der Offizier antwortete, in Ostpreußen seien 20 000 Rotgardisten übergetreten, die doch zu einer roten Armee in Deutschland werden sollten. Er verließ unser Parteibureau, nachdem er sich nach dem

Bureau der Kommunisten erkundigt hatte. Unsere Genossen folgten ihm und stellten fest, daß er bei einem Graveur einen Stempel mit dem Ausdrück „Rote Armee Deutschlands“ besetzte. Derselben kaufte er noch ein Hafentreu.

Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes?

Beuthen, 30. August. (U.) Nach hier vorliegenden Nachrichten soll der verschärfte Belagerungszustand über Oberschlesien morgen, Dienstag, wieder aufgehoben werden.

Kein polnisches Militär in Oberschlesien?

Warschau, 30. August. (U.) Mit Bezug auf die Meldungen der auswärtigen Presse, die über das Auftreten polnischer Truppen in Oberschlesien berichten, bestreitet das polnische Kriegsministerium, daß irgendwelche Truppen polnischer Nationalität nach Oberschlesien abgegangen seien. Die als Beweis für die Truppensendungen angeführte angebliche Erklärung des polnischen Generalkommandos wird als aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Differenzen zwischen französischem und italienischem Militär?

Katowik, 30. August. (U.) Hier herrscht eine gewisse Nervosität unter den Franzosen, welche durch einen angeblichen Zwischenfall zwischen französischen und italienischen Soldaten bewirkt worden sein soll. Der Zwischenfall gegenüber verhalten sich die Franzosen in den letzten Tagen wesentlich herausfordernder. Man nimmt jedoch an, daß es zur Abklärung der französischen Behauptung doch noch kommen werde.

Schlägereien zwischen Polen.

Katowik, 30. August. (U.) In Mysłowik haben Streitigkeiten zwischen der eingeschlossenen polnischen Bevölkerung und Kongreßpolen zu einer Schlägerei geführt, in deren Verlauf es auf beiden Seiten Verletzte gab.

Kundgebung der Oberschlesier in Berlin.

Berlin, 30. August. (U.) Am Sonntagnachmittag fand im Lustgarten eine Kundgebung der Oberschlesier Groß-Berlins statt, an der viele Tausende teilnahmen. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein Demonstrationzug. Versuche, Unruhen hervorzurufen, fanden bei den Teilnehmern der Kundgebung keinen Anklang, so daß die Demonstration einen ruhigen Verlauf nahm.

Der Kampf in Stuttgart.

Stuttgart, 28. August. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Die U.S.P. Württembergs erklärt einen besonderen Aufruf, worin sie zum Generalstreik auffordert. Die Regierung hat bislang den Belagerungszustand nicht verjagt, trifft aber umfangreiche militärische Vorkehrungen. Die Plakate zum Belagerungszustand sollen schon gedruckt vorliegen. Der Generalstreik ist in Stuttgart allgemein. Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerk liegen still. Mittag soll auch die Post streiken. Der Eisenbahnstreik wird spätestens bis Montagfrüh erwartet.

Stuttgart, 28. August. Der erste Tag des Generalstreiks ist bis zum Abend in der Hauptstadt ruhig verlaufen. Stuttgart ist ohne Licht, hat aber Wasser. In dem Vorort Untertürkheim besetzten heute etwa hundert junge Arbeiter der Daimler-Werke den Bahnhof, wurden aber von der Polizeiwache wieder vertrieben. Etwas lebhafter gestaltete sich die „Erklärung“ des zwischen Stuttgart und Ludwigsburg gelegenen Bahnhofes Korn-Wetzheim durch Arbeiter der Sigelische Schiffsfabrik. Auch diese wurden durch Polizeiwache vertrieben, und die beiden „Haupttradeschiffere“ gefangen nach Stuttgart abgeführt. In Heilbronn spülte sich der einfache Generalstreik zu verschärfstem Generalstreik zu. In Ravensburg ist gleichfalls der Generalstreik ausgerufen, ebenso in Friedrichshafen, wo aber in den größeren Werken die Arbeiterschaft bei der Arbeit verblieb. Gegen Abend besetzten Mitglieder des Aktionsausschusses der Streikenden in Stuttgart zahlreiche Läden und Wirtschaften und verlangten unter Androhung von Gewalt die Schließung für den Sonntag. Die Regierung ist Herr der Lage. Die Krankenanstalten und der Bahnhof Rud mit elektrischem Licht versehen. Die Ernährung der Einwohnerschaft ist bis jetzt ungehindert. Die Abendblätter konnten nicht erscheinen, desgleichen ist die Fertigstellung der Morgenausgabe für Sonntag unmöglich. Für Montag ist das Erscheinen einer einzigen Zeitung im Auftrag der Regierung unter dem Zusammenwirken sämtlicher bürgerlichen Zeitungsoverlage vorgesehen.

Stuttgart, 30. August. Der gestrige Sonntag hat im äußeren Verlauf des Generalstreiks weder in Stuttgart noch sonst in Württemberg eine nennenswerte Veränderung gebracht. Der Tag ist vollkommen ruhig verlaufen. In Stuttgart finden heute neue Versammlungen statt.

Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Die Berliner Montagspost meldet aus Stuttgart unter 29. August: An der Lage in Stuttgart hat sich nichts geändert. Unruhen sind nicht vorgekommen. Für Montag droht eine Verschärfung des Generalstreiks einzutreten, da die Streikenden gedroht haben, die Arbeitswilligen aus den Betrieben herauszuholen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat sich nun für den Generalstreik erklärt.

Moskaus absolute Herrschaft.

Die Diskussion über die Bedingungen der kommunistischen Internationale hat in der Parteipresse lebhaft eingesetzt. Was wir schon an dem Artikel Däumigs in der Freiheit konstatiert haben, daß er die volle Tragweite der Moskauer Forderungen zu verhallen strebt, das trifft auch für die meisten bisherigen Neußerungen zu, die sich für die Annahme der Bedingungen aussprechen. Erst eine Ausnahme haben wir bis jetzt feststellen können: Die Hamburger Volkszeitung ist im Gefühl des Triumphes, den sie mit Hilfe Moskaus für ihre Richtung erwartet, offener als alle andern Blätter ihrer besonderen Farbe. Vielleicht empfindet sie auch, daß jeder Versuch, die Konsequenzen des Moskauer Diktats zu verschleiern, von vornherein aussichtslos ist, daß jeder Genosse, der sich auf Grund der authentischen Veröffentlichung über die Absichten Moskaus ein eigenes Urteil bildet, durch solche Bemerkungen der Wahrheit höchstens abgelenkt werden kann. Die Bedingungen reden eine unzweideutige Sprache und die Statuten der kommunistischen Internationale unterstreichen sie in den wichtigsten Punkten nochmals. Der § 8 stabilisiert die Herrschaft Moskaus über die kommunistische Internationale mit eisernen Klammern. Die Partei des Landes, wo das Komitee seinen Sitz hat, d. h. Rußland, entsendet 5 Vertreter in das Exekutiv-Komitee, die 10 bedeutendsten kommunistischen Parteien der andern Länder je einen. Damit ist dem äußeren Anschein nach der Majorisierung des Exekutiv-Komitees durch die russische Partei vorgebeugt, aber eben nur dem äußeren Anschein nach; denn entweder werden die 10 Vertreter der ausländischen Parteien nicht in Moskau sein — was den Normalfall bilden wird —, dann wird das Exekutiv-Komitee in allen dringlichen Fällen ohne sie beschließen und sie werden nur hinterher ihr Ja und Amen sagen oder ihre Bedenken zu Protokoll geben können. Bei der Schwierigkeit der Verbindung mit Moskau ist an einen schnellen und geregeltten Verkehr mit dem Exekutiv-Komitee ja ohnehin nicht zu denken und selbst wenn die Beziehungen Rußlands zum übrigen Europa wieder völlig normal würden, bliebe dieser Verkehr so zeitraubend, daß das Exekutiv-Komitee des öfteren Beschlüsse fassen würde, ohne alle ausländischen Mitglieder rechtzeitig hören zu können. Oder aber die ausländischen Mitglieder nehmen dauernden Aufenthalt in Moskau, gewissermaßen als Gesandte ihrer Parteien — aus den Statuten geht nicht hervor, ob das beabsichtigt ist — dann verlieren sie die enge Verbindung mit ihren Parteien, den genauen Ueberblick über die Verhältnisse ihres Landes, geraten unter den Einfluß des russischen Milieus und der Moskauer Zensur. In beiden Fällen ist das absolute Uebergewicht der russischen Partei gesichert.

Die Macht dieses Moskauer Exekutiv-Komitees, dieses sorgfältig konstruierten Werkzeuges der Bolschewiki ist aber bei der strikt zentralistischen Organisation der kommunistischen Internationale gewaltig, so gut wie unumschränkt. Nur der Weltkongreß der kommunistischen Internationale kann gegen das Exekutiv-Komitee anrufen werden und bis zu seinem Zusammentritt sind die Gebote des Komitees unbedingt auszuführen bei Strafe des Ausschlusses. Die Leitung einer Partei mag noch so sehr überzeugt sein, daß irgendein Beschluß den das Exekutiv-Komitee in Moskau gefaßt hat, unter den besonderen Bedingungen ihres Landes unmöglich ist, daß seine Durchführung die Arbeiterbewegung seines Landes unnützerweise in die größte Gefahr stürzen kann, ja, sie auf Jahre zerstören muß, sie ist trotzdem verpflichtet, die Mitglieder der Partei zu solcher Aktion aufzurufen wider besseres Wissen, wenn sie sich nicht der Ablehnung durch das Exekutiv-Komitee aussetzen will. Denn das Exekutiv-Komitee tritt nach § 9 „mit den erforderlichen Aufrufen im Namen der kommunistischen Internationale hervor und gibt für alle der kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien“. Und das Exekutiv-Komitee hat weiter das Recht, von den ihr angehörenden Parteien „den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen, und ebenso diejenigen Parteien aus der kommunistischen Internationale auszuschließen, welche gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen“. Für den Fall aber, daß die Parteileitung eines Landes dem Exekutiv-Komitee nicht zuverlässig oder willfährig genug erscheint, so kann es, wenn es nicht gleich ihre Ablehnung oder ihren Ausschluß fordern will, ihre Aufsichtsstanz, einen politischen Kommissar Moskaus, auf die Nase setzen. Der § 9 bestimmt: „Im Bedarfsfalle organisiert das Exekutiv-Komitee in den verschiedenen Ländern seine technischen und anderen Hilfsorgane, die völlig dem Exekutiv-Komitee